II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 71 | 19. Dezember 1919 | כ"ז כסלו תר"ף | Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Der rumänische Friedensvertrag und die Juden.

Interview mit Nahum Sokolow.

Der Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" hatte während seines Aufenthaltes in Paris Gelegenheit, mit führenden jüdischen und nichtjüdischen Persönlichkeiten, sowie mit jüdisch-nationalen politischen Gruppen über den Stand der jüdischen Fragen an der Friedenskonferenz Rücksprache zu nehmen, über deren Inhalt wir fortlaufend berichten werden. Im Hinblick auf die Aktualität der Judenfrage in Rumänien wandte sich unser Herausgeber an den um die jüdische Sache so hochverdienten Präsidenten des Komitees der Jüd. Delegationen, Nahum *Sokolow*, um ihn über die Bedeutung des soeben von Rumänien unterzeichneten Friedensvertrages zu befragen.

Sokolow hatte die grosse Liebenswürdigkeit, sich über dieses Thema erschöpfend zu äussern und wir freuen uns, seine Ausführungen der Oeffentlichkeit vermitteln zu können.

Unsere Frage lautete: „Nachdem Sie sich bekanntermassen um die Sicherung der Rechte der Judenheit Rumäniens soviel bemüht haben, darf wohl die Frage an Sie gerichtet werden, wie das Ergebnis dieser Bemühungen, präziser gesagt, der Inhalt des endlich von den Rumänen unterfertigten Friedensvertrages vom jüdischen Standpunkt einzuschätzen ist?"

„Der Minoritätenvertrag mit Rumänien enthält eine vollständige Emanzipation der Juden auf allen rumänischen Territorien, d. h. Alt- und Neurumäniens „sans formalité." Dieses sans formalité hat eine ganz besondere Bedeutung. Sie wissen, daß im Berliner Vertrag die rumänischen Juden emanzipiert wurden. Nur ist die Art der Ausführung der rumänischen Regierung überlassen worden. Da die Juden früher in Rumänien als Ausländer betrachtet waren, so hatte der Akt der Emanzipation in Rumänien eine ganz andere Form als die Emanzipation in anderen Staaten. Sie war im eigentlichen Sinne keine Emanzipation sondern Naturalisation, genau wie wenn man Ausländer emanzipiert hätte. Aber die Absicht des Berliner Kongresses wurde dadurch vereitelt, daß die rumänische Regierung nachher diese Naturalisation nicht als einen kollektiven, sondern als einen individuellen Akt behandelte und jeder Jude, der Anspruch auf Naturalisation erhob, mußte den langen Weg der parlamentarischen Vorschläge und Genehmigungen einschlagen. Bekanntlich hat die ganze Sache fehlgeschlagen und die Juden sind nach dem Berliner Kongreß nicht besser sondern in vielen Hinsichten noch viel rücksichtsloser behandelt worden als früher. Die Zahl der rumänischen Juden war in einer unaufhörlichen Abnahme begriffen, Auswanderung, Verelendung waren die Symptome dieser Tendenz. Jetzt handelt es sich darum, die Fehler der früheren Emanzipation gutzumachen und den Juden eine wirkliche Emanzipation angedeihen zu lassen. Für die Sicherstellung der Emanzipation sind zwei Momente zu berücksichtigen: 1) Im Gegensatz zu dem Berliner Traktat, der es zugelassen hatte, daß Formalitäten gefordert werden sollen, ist es in diesem Traktat unmöglich gemacht worden, die Emanzipation oder Naturalisation an die Bedingung irgend welcher Formalitäten zu knüpfen, und 2) die Garantie ist nicht nur wie früher von den Signatarmärchten übernommen worden, sondern auch von dem Völkerbund, der nach meiner Ueberzeugung trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten ins Leben treten wird. Nun will ich sagen, ausserdem sind die Rechte der ethnischen und religiösen Minoritäten gewährleistet worden. Daß diese Garantien auch auf die jüdische Bevölkerung Bezug haben, kann nach meiner Ansicht keinem Zweifel unterliegen. Die Juden sind unbedingt eine ethnische Minorität und sollte auch eine assimilatorische Tendenz die Oberhand gewinnen die Juden nicht als eine ethnische Minorität gelten zu lassen, so kann ja niemand bestreiten, daß die Juden eine religiöse Minorität sind. Auf Grund dieser Garantien und der unbedingten Emanzipation können die Juden Rumäniens eine wirkliche Gleichstellung in bürgerlicher Hinsicht und auch manche Rechte für ihr Erziehungswesen erlangen.

Selbstverständlich ist all das abhängig nicht nur vom Buchstaben, sondern auch vom Geiste, in dem diese Rechte in Rumänien selbst zur Ausführung kommen werden. Aber in dieser Beziehung kann man ebensogut Optimist wie Pessimist sein. Die Vergangenheit berechtigt den Pessimismus. Wir wollen aber hoffen, daß mit dem alten Rumänien auch der alte Haß gegen die Juden, wenn nicht ganz verschwinden, so doch wenigstens in der Gesetzgebung nicht seinen Einfluß behalten wird. Aber das kann man nicht in Paris besorgen. In Paris kann man nur Traktate schreiben und unterzeichnen nicht nur für die Judenfrage, sondern in allen Fragen und unsere Arbeit als Komitee der Jüdischen Delegationen bestand darin, die weitesten Garantien für die Rechte der jüdischen Bevölkerung in den verschiedenen Ländern Osteuropas zu erlangen. Ich will nun sagen, es ist bedauerlich, daß die Paragraphen 9 und 10 des polnischen Traktates, die sich auf das Schulwesen und auf den Sabbath beziehen, nicht auch in den rumänischen Vertrag auf-

genommen worden sind. Unser Komitee hatte darauf bestanden, daß die Traktate der Polen und Rumänen ganz identisch sein sollen und wir hatten allen Grund zu glauben, daß diese Paragraphen aufgenommen werden, umsomehr da Herr Clemenceau in seinem offenen Schreiben an Herrn Paderewski eine gleiche Methode in der Behandlung der Judenfrage für all die neuen Staaten vorausgesagt hat. Auf Grund der Besprechungen, die mein Vorgänger Herr Louis Marshall, mit den Vertretern der Regierungen leitete und die ich nach seiner Abreise ununterbrochen fortgesetzt hatte, waren wir beide absolut sicher, daß auch diese Paragraphen im rumänischen Traktat Raum finden würden, aber zu unserem Bedauern ist in den letzten Tagen eine Veränderung eingetreten. Rumänien hatte sich hartnäckig geweigert die Emanzipation der Juden in diesem Traktat zu genehmigen und wies auf seine eigene Gesetzgebung (im Parlament) hin, indem es angeblich eine Gleichberechtigung der Juden unter gewissen Bedingungen bereits zuerkannt hat. Die Großmächte hingegen verlangten eine internationale Regelung dieser Frage. Nicht weniger groß waren die Schwierigkeiten auch wegen der Minoritätsrechte. Auch hier stießen die Regierungen auf einen sehr starken Widerstand seitens Rumäniens und dieser Konflikt führte zu dem Resultat, daß die Großmächte trotz unserer unaufhörlichen Vorstellungen und Bemühungen die zwei Paragraphen fallen ließen. Es ist dies kein tatsächlicher Unterschied, denn die Wahrung des Sabbathes ist ja durch die religiöse Freiheit gesichert, während das Recht auf die Forderung einer Deckung für den Unterhalt der jüdischen Elementarschulen aus den Regierungsfonds, auch auf Grund der Minoritätsrechte gefordert werden kann. Aber uns wäre es viel lieber, wenn diese Paragraphen auch aufgenommen worden wären. Die Großmächte ließen sich von der Erwägung leiten, daß mit Bezug auf Polen in Anbetracht der Tatsache, daß dort einige Millionen Juden leben, diese Spezialparagraphen ihre besondere Berechtigung hatten und daß auch die Eigenart des jüdischen Lebens und des Sprachseparatismus in Polen viel ausgeprägter ist als in Rumänien. Es wurde uns auch gesagt, daß manche repräsentative rumänische Juden erklärt haben sollen, daß sie auf diese Paragraphen verzichten. Wir können dies nicht übersehen, ob tatsächlich repräsentative Juden aus Rumänien derartige Erklärungen gemacht haben sollen und sind eher geneigt anzunehmen, daß hier ganz unverantwortliche Faktoren mit im Spiel waren. Aber wir haben hier mit den Tatsachen zu rechnen, daß diese Spezialparagraphen nicht im Traktate stehen, daß aber die Großmächte, und wie ich zuversichtlich hoffe auch der Völkerbund, von den größten Sympathien für die Juden Rumäniens beseelt sind und daß sie die ernste Absicht haben, nicht nur eine vollständige Emanzipation der rumänischen Juden durchzusetzen, sondern auch das Wesentliche, das in den 2 Spezialparagraphen enthalten ist auf Grund der Minoritätsrechte in die Praxis umzusetzen. Ich will hoffen, daß sowohl seitens der rumänischen Regierung als auch in der öffentlichen Meinung Rumäniens dem bisherigen bedauerlichen Verhältnis zu den Juden ein Ende gesetzt wird und dass jetzt tatsächlich eine neue Aera der Gerechtigkeit für die Juden beginnen wird. Selbstverständlich wird es Aufgabe des Komitees der Jüdischen Delegationen sein, dafür Sorge zu tragen, daß die Judenemanzipation in Rumänien zur Ausführung kommt und dann wird auch das Verhältnis der Juden der Welt dem vergrößerten und modernisierten rumänischen Staat gegenüber ein aufrichtig sympathisches werden.

Die Juden Rumäniens angesichts der neugeschaffenen Lage.

Dr. Max *Diamant*, der Delegierte des Jüdischen Nationalrates der Bukowina und Transylvaniens beim Komitee der Jüd. Delegationen in Paris, hatte die Freundlichkeit, in einem Interview dem Herausgeber der „Jüd. Presszentrale Zürich" seine Auffassung über die Lebensfragen der Juden im Zusammenhange mit der Staatenbildung des neuen Rumäniens mitzuteilen, die wir im folgenden wiedergeben:

Beneidenswert ist die Lage der Juden im neuen Rumänien heute jedenfalls nicht. Welche Entwicklung die Dinge nehmen werden, können wir momentan noch nicht übersehen. Sie werden stark von der äusseren Lage beeinflußt werden. Die Erschütterungen, die Rußland erlebt, wirken auf den ganzen Kontinent zurück und es ist kaum zu übersehen, daß Rumänien als Grenzland unmittelbar von der Anarchie bedroht ist, die heute die benachbarte Ukraine durchwühlt. Dazu kommt, daß der ganze Kontinent, der gewöhnt war, von Rußland Getreide und Rohstoffe zu beziehen, zerwühlt durch den Weltkrieg, sich in Not und Fieber schüttelt. Die Juden, bei denen Verfolgung die allgemeine Not vervielfacht, sind gegenüber allen Erschütterungen empfindlicher. Weil sie die Gefahr erkennen, bemühen sie sich, ihr entgegen zu treten. Wir wollen arbeiten um die wirtschaftlichen Kräfte Rumäniens rasch zu heben und nutzbar zu machen. Ich halte es für eine der wichtigsten Aufgaben, jene Hilfsmittel und Kredite, die für uns erreichbar sind, zu beschaffen. Es ist das heute keine leichte Sache. Die Haltung der rumänischen Diplomaten während eines Teiles der Friedenskonferenz hat das Vertrauen in die innere Solidität der rumänischen Staats- und Volkswirtschaft unnötiger Weise zur Debatte gestellt.

Doch das gesunde Land kann die Mißgriffe seiner Repräsentanten unschwer überwinden. Speziell wenn jetzt statt des Politisierens konstruktive wirtschaftliche Arbeit einsetzen wird. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, mit Hilfe unserer amerikanischen, englischen und französischen Freunde für den Wiederaufbau der jüdischen Wirtschaften in unseren, vom Kriege heimgesuchten Gegenden, Kredite, Rohstoffe, Werkzeuge und Waren ins Land zu bringen. Es ist selbstverständlich, daß das nur möglich sein wird, wenn die Verwaltung, statt dauernd im Chauvinismus zu schwelgen, — allerdings wer selbst national fühlt, muß in dieser Stunde mit den Rumänen mitfühlen, — zur ernsten Arbeit übergehen wird, vor allem zur Ueberwindung der Verkehrskrise. Wie sie wissen, haben alle diese ausserordentlichen Verhältnisse für uns Juden im Osten ihre gesteigerten Gefahren. Wenn z. B. der nationale Chauvinismus gesteigert und die Zahl der Waggons vermindert ist, dann bekommt der jüdische Kaufmann keine Waggons und bald ist der ganze Verkehr gestaut, die Bedarfsgegenstände kommen nicht unter die Bevölkerung, ihre Erregung steigert sich etc. Wir wollen abwarten, was die nächste Entwicklung bringen wird. Rumänien ist ein fast jungfräuliches Land und hat so ungeheure Naturschätze, daß es für

alle seine Bewohner reiche Möglichkeiten einer großartigen Entwicklung bietet, wenn nicht Hass und Unverstand es vorziehen, selbst nichts zu schaffen und andere an schaffender Arbeit zu hindern.

Der Vertrag zum Schutze des Rechtes der Minoritäten soll sicherstellen, daß das nicht vorkommt. Ich habe die tiefe Ueberzeugung, daß seine redliche Durchführung ein Glück für den neuen Staat und für jeden seiner Bewohner wäre. Es ist jetzt ungefähr ein Jahrzehnt, als ich gerade gemeinsam mit den Rumänen, in Wort und Schrift den Kampf für einen nationalen Ausgleich in der Bukowina aufgenommen habe. Er kam im Jahre 1911 gegen den Widerstand der Wiener Bürokratie zu Stande und sicherte jeder Nation in der Bukowina, den Rumänen, den Ukrainern, *den Juden*, den Deutschen und den Polen proportionelle Vertretung im Landtage und in der Landesverwaltung. Es war kein Ideal, denn er hat sich blos auf einen Teil des öffentlichen Lebens erstreckt, aber wer seine segensreiche Wirkungen erlebt hat, wird diese Ideen immer verfechten. Allerdings der Moment scheint geeigneter, andere Ideen zu verwirklichen, als die des nationalen Einvernehmens. Desto ernster aber müssen diejenigen dafür wirken, die die Bedeutung der Respektierung fremden Wesens für die Wohlfahrt und das Einvernehmen aller Völker anerkannt und erlebt haben. Ich muß mit Befriedigung konstatieren, daß das Einvernehmen zwischen den Rumänen und den Juden in der Bukowina seit jeher ein gutes war und es ist zu hoffen, daß dieser Geist des gegenseitigen Verstehens durch die politischen Veränderungen nicht beeinträchtigt, sondern im ganzen Staate angenommen wird.

Die faktischen Verhältnisse zwischen der herrschenden Majorität eines Landes und einer sozial gegliederten und ihres politischen Zusammenhanges bewussten Minorität sind entweder Gegenstand ewiger Konflikte, staatlicher und internationaler, oder sie werden einvernehmlich und rechtlich geordnet. Das Minoritätenrecht des Pariser Kongresses brachte einen entwicklungsfähigen Versuch einer internationalen Regelung dieser Probleme. Es ist weder das erste noch das letzte Wort auf diesem Gebiete. Das letzte Wort sprechen die Völker selbst. Welche Verdienste um die Wohlfahrt und den Frieden aller Völker sich bei diesem Werke die jüdische Delegation in Paris erworben hat, bleibt späterer Darstellung vorbehalten. Wir, die wir das gleiche Recht der Minoritäten als eine Grundlage des europäischen Friedens erkennen, haben die Pflicht für seine Verwirklichung zu kämpfen. Wir fürchten, es wird uns in Rumänien nicht leicht gemacht werden. Aber entweder kommen wir bald zur Völkerliga oder der Weltkrieg war nur ein Vorspiel für das grosse Morden und Vernichten, zu dessen Vorbereitung wir uns bereits anschicken. Darum muß man im Angesicht dieser furchtbaren Gefahr mit aller menschlichen Hingebung für den Frieden zwischen den Völkern kämpfen. Einmal werden die Rumänen einsehen, dass der Konflikt mit seiner Viertelmillion Juden zwecklos war und sie werden dazu kommen müssen, ihrer Million Juden und ihren anderen 4 Millionen Minoritätsvölker eine Gemeinschaft von Interessen und eine Gleichheit von Rechten anzuerkennen. Dann wird der neue Staat erst innerlich erstarkt sein und die Begründer des neuen Staatswesens werden sagen können, sie haben eine der Pflichten erfüllt, die sie auf sich genommen.

Wichtige Beratungen der russischen Delegationen beim Komitee der Jüd. Delegationen in Paris.

Die russisch-jüd. Delegationen beim Komitee der Jüd. Delegationen in Paris erteilten dem Herausgeber der „J.P.Z." über ihre in den letzten Wochen gepflogene Beratungen folgende Informationen:

Im Hinblick darauf, daß die Frage des russischen Judentums immer akuter geworden ist, fand vom 21.—28. November eine mehrtägige Plenarsitzung der russischen Delegationen des Komitees der Jüdischen Delegationen statt. Zu diesem Zweck waren die in London und in der Schweiz befindlichen Mitglieder dieser Delegationen nach Paris gekommen.

An den Sitzungen beteiligten sich außer dem Vorsitzenden des Komitees der Jüdischen Delegationen *Sokolow* und dem Vize-Vorsitzenden *Motzkin*, Vertreter aus großrussischen und ukrainischen Gebieten, wie auch Tauriens und Südrußlands.

In den Beratungen unter Vorsitz von *M. Aleinikoff* wurden die wichtigsten Fragen der bevorstehenden Aktionen mit Bezug auf das von gewaltigen Katastrophen bedrohte Judentum des ehemaligen Rußland erörtert. Auf Grund eines reichhaltigen Materials, welches dem Komitee der Jüdischen Delegationen aus der Ukraine, aus Rostow, aus Odessa und anderen Orten zugekommen war, konnte ein Bild der gegenwärtigen Situation entrollt werden. Die Delegationen arbeiteten ein weitgehendes Programm aus, welches sowohl auf den Kampf gegen die Pogrome, als auf die Regelung der bürgerlichen, politischen und nationalen Rechtsfragen sich bezieht. Demgemäß soll das Komitee der Jüdischen Delegationen die von ihm bisher benutzten Methoden weiter ausbauen, wobei sowohl die direkten politischen Schritte als der Pressedienst nach jeder Richtung hin ausgenutzt werden sollen. Neben den Aktionen durch die internationalen Beziehungen, wie durch die Delegationen und die wichtigsten Persönlichkeiten der Friedenskonferenz durch die League of Nation und die Regierungszentren selber, sollen Schritte gemacht werden, um die politischen Faktoren des ehemaligen Rußland direkt zur Abwendung weiterer Katastrophen und zur Formulierung der rechtlichen Gleichheit zu veranlassen. Solche Schritte sollen sowohl im jetzigen Stadium auf administrativem Wege, als auch in den verschiedenen Projekten der geplanten Konstitutionen zum Ausdruck kommen.

In den 11 Sitzungen wurden Berichte entgegengenommen: Von Präs. *Sokolow*, über die politischen Aktionen in Paris, London und bei den einzelnen Landesregierungen. Von *Motzkin*, über die Organisation, Antipogromaktionen, Presse, Allgemeine Hilfskonferenz. Von *Aleinikoff* über die Beziehungen zu den verschiedenen Delegationen des ehemaligen Rußland. Von *Goldstein, Idelson, Pasmanik*, über die äußeren und inneren Aktionen in London zugunsten der Ziele und Arbeiten des Komitees der Jüd. Delegationen. Von *Naiditsch* über die Finanzfragen. Von *Duchan* über die Organisierung des Informationsdienstes in Konstantinopel. Von *Kaplan* über den Ausbau einer regelmäßigen ständigen Verbindung in London.

Die Delegationen konstatierten mit Befriedigung, daß seitens des Komitees der Jüd. Delegationen sehr wichtige Schritte unternommen worden waren, um wegen der unerhörten Katastrophen auf einzelne Regierungen Osteuropas einen Druck auszuüben. Sie nahmen

sodann speziell mit Befriedigung die Erklärungen des Vorsitzenden zur Kenntnis, daß die englische Regierung neuerdings sowohl durch das Ministerium des Auswärtigen als durch das Kriegsministerium Denikin in ganz kategorischer Form aufgefordert hat, den Pogromen in den von ihm beherrschten Territorien ein Ende zu bereiten. Die Delegationen billigten die weiteren politischen Aktionen, welche nach dieser Richtung in Aussicht genommen sind.

Die Delegationen nahmen mit großer Befriedigung von der Tatsache Kenntnis, daß in London ein spezielles Komitee gebildet worden sei, welches sowohl durch politische Aktionen als auch finanziell die Arbeiten des Komitees der Jüd. Delegationen fördern soll. Die Delegierten erblickten darin eine moralische Stärkung seitens der jüd. Oeffentlichkeit und vertraten die Auffassung, daß die Bildung solcher Komitees in einigen anderen wichtigen Zentren für das Komitee der Jüd. Delegationen von wesentlicher organisatorischer und moralischer Bedeutung wäre.

Mit Bezug auf die Frage der Entsendung einer Kommission nach den Pogromgebieten wurden folgende Resolutionen gefaßt.

a) Der Beschluß des Komitees, an der Entsendung einer Kommission durch verschiedene jüdische Organisationen nach der Ukraine zwecks Untersuchung der Pogrome sich zu beteiligen, wird mit Sympathie begrüßt.

b) Es soll dem Komitee empfohlen werden Schritte zu unternehmen, die Entsendung einer ähnlichen Kommission nach dem von Denikin besetzten Territorium zu ermöglichen.

c) Es soll dem Komitee empfohlen werden, Schritte zu unternehmen, daß eine offizielle Kommission in Sachen der Pogromangelegenheiten seitens einer Großmacht nach dem Denikinschen Gebiet entsandt werden möge.

Gleichzeitig soll das amerikanische Judentum nochmals dringend aufgefordert werden, unverzüglich eine Kommission nach Südrußland zu schicken, welche den Hunderttausenden Opfern Hilfe bringen, durch ihr Erscheinen die ganze jüdische Bevölkerung aufmuntern und eine moralische Stütze gegen die Pogrome bilden soll.

Der Beschluß des Komitees, eine allgemeine jüdische Welthilfskonferenz in Paris einzuberufen, wurde als dringende Notwendigkeit anerkannt. Die russische Delegation verpflichtet sich, alle ihr zu Gebot stehenden Mittel in Bewegung zu setzen, um diese Konferenz durchzuführen.

Was die Presse und die sonstigen Veröffentlichungen anbetrifft, wurden die Tendenzen und die Methoden der bisherigen Publikationen zustimmend anerkannt. Im Hinblick auf das Anwachsen und die Aktualität verschiedener Probleme des Komitees wurde gemäß den Leitsätzen des Berichterstatters *Motzkin* und der daran sich anschließenden Diskussion der Beschluß gefaßt, die Tätigkeit auf diesem Gebiete in weitgehendem Maße zu erweitern. Es soll danach ein Preßbureau errichtet werden, welches folgende Aufgaben zu erfüllen haben wird.

1. Herausgabe der allgemeinen Bulletins in etwa zweiwöchentlicher Zeitfolge, wobei außer den Mitteilungen über die Tatsachen selbst, längere Artikel zur Wertschätzung der momentanen Situation erscheinen sollen. 2. Herausgabe von Broschüren und größeren Monographien über die nationalen Minoritätsprobleme der Juden und zum Schutze der Juden gegen die immer zunehmenden feindseligen Akte.

3. Abfassung spezieller Artikel für die allgemeine Presse einzelner Länder. 4. Wiederaufnahme der Kommuniqués, die im Durchschnitt regelmäßig circa 3 mal wöchentlich erscheinen sollen. 5. Herausgabe spezieller Bulletins oder Kommuniqués für die innere jüdische Welt, soweit sie für die internen Fragen des Judentums Interesse hat. 6. Organisierung des Informationsdienstes für die jüdischen Zeitungskorrespondenten.

Mit Bezug auf die Informations- und Organisationsfrage wurden folgende Beschlüsse gefaßt, die dem Komitee empfohlen werden sollen.

1. Die in London befindlichen Mitglieder der russischen Delegationen sollen sich als Gruppe des Komitees organisieren, um dem Komitee der Jüd. Delegationen vor der Friedenskonferenz zur Seite zu stehen und bestimmte Aktionen des Komitees in dessen Auftrage in England durchzuführen, bezw. Aktionen anzuregen. 2. Die bisher funktionierenden Informationsstellen in Kopenhagen, Zürich und London sollen auch weiter benutzt werden. 3. Die russischen Delegationen sollen in Konstantinopel eine spezielle Vertretung, bezw. einen Vertrauensmann ernennen, welcher die Verbindung zwischen *Südrußland* und *Paris* aufrecht erhalten soll.

Alle Resolutionen der russischen Delegationen sind dem Komitee der Jüd. Delegationen zur Genehmigung und endgültigen Entscheidung vorzulegen.

Sir Stuart Samuel im Komitee der Jüdischen Delegationen.

Am 13. Dezember abends fand eine Vollsitzung der Mitglieder des Komitees der Jüd. Delegationen und einiger anderen jüdischen Persönlichkeiten statt, in der Sir Stuart *Samuel* über seine Erlebnisse in Polen berichtete.

Eingeleitet wurde der Abend durch eine Ansprache des Vorsitzenden *Sokolow*, welcher Sir Stuart Samuel für die Mühe dankte, der er sich unterzogen habe, um die Katastrophen zu untersuchen, welche die Juden in Polen durchgemacht haben. Samuel sei der Typus eines guten englischen Juden, er habe mit Konsequenz und reservierter Bescheidenheit die schwierige und verantwortliche Aufgabe zu erledigen gesucht.

Den interessanten Ausführungen von Sir Stuart *Samuel* schloß sich ein längerer Austausch der Meinungen an, an dem ausser dem Vorsitzenden Sokolow und dem Generalsekretär *Motzkin*, Dr. *Pasmanik*, Dr. *Reich*, Dr. *Ringel*, Dr. *Diamant* und der ehemalige Dumaabgeordnete M. *Winawer* sich beteiligten.

Aus den Ausführungen von Sir Stuart Samuel ging hervor, welch schweren Kampf das Judentum Polens noch durchmachen muß, um volle rechtliche Anerkennung, sowohl als Bürger als auch als Volkstum zu erlangen. Andererseits war es aber evident, daß ein erfolgreicher polnischer Staat ohne die Hilfe der Juden gar nicht restauriert werden kann. Die Ueberzeugung aber, daß insbesonders die wirtschaftliche Wiederauflebung Polens nur mit Hilfe der inländischen und ausländischen jüdischen Faktoren zustande kommen kann, muß schließlich trotz aller Konflikte und Reibungen auch die Polen im neuen Staate zur Einsicht bringen, wie dringend ein gedeihliches Zusammenleben für beide Völker ist.

Mit Genugtuung begrüßte das Komitee der Delegationen die darauf folgende Erklärung Stuart Samuels,

daß der Board of Deputies, die jetzige Repräsentanz des englischen Judentums, dessen Vorsitzende Samuel ist, an den künftigen Arbeiten des Komitees der Jüd. Delegationen aktiv und direkt teilnehmen wolle. Damit würde in der Zusammensetzung des Komitees eine Lücke ausgefüllt werden, welche bislang von allen mit Bedauern empfunden wurde, die die Solidarität des Judentums insbesondere des äusseren Lebens erstreben.

In der Diskussion entwickelte Dr. *Pasmanik* ein Programm der nächsten jüdischen Aufgaben (volle Emanzipation der Juden in allen Ländern, Rekonstruktion, Kolonisation Palästinas). Dieses Programm müsse und könne nicht das Programm e i n e r jüdischen Partei oder Gruppe sein, sondern das Programm des g e s a m t e n Judentums werden. Gerade aus allen diesen Gründen erblicke er in den Ausführungen Samuels eine Manifestation zur Einigung des Judentums.

Dr. *Reich* schilderte seine Eindrücke aus Wien, woher er erst neuerdings zur weiteren Arbeit im Komitee der Jüd. Delegationen gekommen sei. Dort habe sich nach und nach infolge der Kriegsereignisse ein grosses ostjüdisches Zentrum gebildet, aus Zehntausenden von Flüchtlingen, deren Schicksal indes durch unerhörte Massenausweisungen aufs äusserste bedroht sei. Von Sir Stuart Samuel erwarten die jüdischen Massen, daß er nach seinen gründlichen Untersuchungen, die gegen die Juden erhobenen Verleumdungen, namentlich die Verleumdungen gegen die nationaljüdischen Kreise, aufs schärfste und energisch zurückweisen werde. Denn die Politik der Verleumdungen, als ob die Nationaljuden Feinde der Polen wären, dauere nach wie vor im polnischen Lande und verwüste das gesamte gesellschaftliche Leben.

Dr. *Ringel* verweist auf die Dringlichkeit der Kämpfe gegen die überhandnehmende antisemitische Praxis. Insbesondere solle die englische Regierung darauf acht geben, daß ihre Vertreter, welche nach Osteuropa entsandt werden, nicht dem antisemitischen Einfluß lokaler Hetzer verfallen sollen. Es sei mit Bedauern zu konstatieren, daß die englische Presse zu einem Teil in der letzten Zeit angefangen habe, an die antisemitischen Legenden zu glauben.

Der *Vorsitzende* erklärt, welch wichtige Phase gerade jetzt im Rechtsleben der polnischen Juden eingetreten sei. Was wir erreicht haben, die Minoritätsklauseln im polnischen Traktat, sei vorläufig noch auf dem Papier. Jetzt gelte es, diese Klauseln im Leben durchzuführen. Gerade die englische Regierung habe die Pflicht, dafür Vorsorgen zu treffen, daß die ständigen Verletzungen der durch den Vertrag gewährleisteten Minoritätsrechte aufhören sollen. Gleichzeitig damit sei aber auch eine energische Aktivität seitens der polnischen Juden selber notwendig. So wäre es zeitgemäß, daß endlich das polnische Judentum durch einen jüdischen Kongreß in Polen organisiert werden solle. Wir alle stehen auf dem Standpunkte, daß jeder Teil des Judentums, welche Idee er auch verfolgen mag, der Gesamtorganisation sich zu fügen habe.

Motzkin verweist auf die Fülle der Einzelfälle, durch welche der polnische Friedensvertrag bereits verletzt worden sei. Diese Verletzungen bilden schon heute eine spezielle Kategorie in den Berichten über das Leben des Ostjudentums. Um so dringender sei die zukünftige Ausgestaltung der gesamtjüdischen Organisation. Wie wichtig die Schaffung des Waad Haarazoth, einer Vertretung aller Teile des Judentums, die vom Komitee der jüd. Delegationen geplant ist, werden schließlich alle Teile einsehen. Der erste Prüfstein für das Gelingen einer gesamtjüdischen Organisation werde die bevorstehende allgemeine jüdische Hilfskonferenz sein. Bis jetzt sind bereits aus vielen Ländern Zustimmungen gekommen, darunter manche enthusiastische, aber man müsse es dahin bringen, daß nicht ein einziges Land fehlen solle. Von grosser Wichtigkeit sei es, auch bei dieser Arbeit das englische Judentum beteiligt zu finden. Wird sich das Judentum anläßlich der Hilfskonferenz als aktiver Organismus zeigen, so werden die weiteren Schritte zur Zusammenschliessung des Judentums sich von selbst entwickeln.

Dr. *Diamant* verweist auf die Bedeutung der Juden im gesamten Wirtschaftsapparat der Welt. Wo die Juden aus dem Kreditwesen ausgeschaltet worden sind, da habe dies, wie z. B. in der Bukowina, den betreffenden Landbevölkerungen ungeheuren Schaden bereitet. Es gelte jetzt die jüdische Leistungsfähigkeit in das moderne Wirtschaftsleben wiederum hineinzufügen.

Rechtsanwalt *Winawer* betont die Notwendigkeit internationaler Aktionen im Leben der Juden. Es gebe für die Nichteinmischung der Juden in Angelegenheiten fremder Staaten gewisse Grenzen. Wo das Menschenleben sich in Gefahr befinde, da könne es für die Aktionen keine Hindernisse geben. Heute gelte es vor allen Dingen, nicht mehr die Pogrome festzunageln, sondern den Pogromen zuvorzukommen. Gleichzeitig mit dem Kampf gegen Gewalt, Legendenbildungen und Antisemitismus, gleichzeitig mit dem Kampf für die bürgerlichen Rechte, müsse auch der Kampf für die nationalen Rechte ausgefochten und zu Ende geführt werden.

Nach einer weiteren Rede von Sir Stuart *Samuel,* in der er über die gegebenen Anregungen seine Genugtuung äusserte und nochmals interessante Ergänzungen zu seinem früheren Bericht machte, schloß der Vorsitzende mit einem Appell an die Solidarität des Judentums aller Länder die Sitzung.

Der Frieden mit der Türkei.

London. 16. Dez. Im Unterhaus erklärte *Lloyd George* auf eine Anfrage, er hoffe, daß binnen kurzem alle alliierten Mächte die Behandlung der Friedensvertrages mit der Türkei in Angriff nehmen können. Man habe die Absicht, die gegenwärtige Session der Friedenskonferenz so bald als möglich zu sbhließen.

Herbert Samuel Gouverneur Palästinas?

Wie „Day and the Warheit", der Warschauer „Tog" und andere jüd. Zeitungen aus angeblich sicherer Quelle berichten, haben die Regierungskreise Englands beschlossen, *Herbert Samuel* zum Gouverneur Palästinas zu ernennen. Herbert Samuel soll von diesem Beschluss bereits verständigt sein und Vorbereitungen treffen, um nach Palästina abzureisen. Die amerikanische Regierung habe auch Oberrichter *Louis Brandeis* für diesen Posten vorgeschlagen, die Entscheidung fiel jedoch zugunsten Samuels aus, da dieser englischer Untertan ist. (Die „Jüd. Presszentrale Zürich" verzeichnete bereits in Nr. 36 vom 29. Mai 1919 das Gerücht, dass Herbert Samuel zum Gouverneur Palästinas designiert

sei. Die Entscheidung darüber ist jedoch, wie der „J. P. Z.“ von bestinformierter Seite mitgeteilt wird, noch keineswegs gefallen und ist das oben verzeichnete Gerücht bloß der Phantasie der Journalisten entsprungen.)

Max Nordau in London.

Das Zentralbureau der zion. Organisation in London teilt mit, dass *Max Nordau* vom Aktionskomitee eingeladen worden ist, nach London zu kommen, um an den Arbeiten der zion. Organisation teilzunehmen. Die Bemühungen, Nordau die Rückkehr aus Spanien und die aktive Beteiligung an der zion. Arbeit zu ermöglichen, waren von Erfolg gekrönt. Nordau, der seine Bereitwilligkeit erklärte, an der zion. Konferenz wie auch an der jüd. Gelehrtenkonferenz in Basel Anteil zu nehmen, ist Ende letzter Woche in London eingetroffen.

Anschluss der amerikanischen Orthodoxie an den Misrachi.

Die Berliner „Jüd. Presse“ vom 12. Dez. 1919 veröffentlicht folgendes von London eingegangenes Telegramm: „Eine Versammlung der orthodoxen Verbände der Vereinigten Staaten nahm das Misrachi-Programm an.

Chronik.

Polen.

Vor seiner Abreise aus Warschau hat *Stuart Samuel* bei einer Konferenz den Vertretern des Zentralvereins jüd. Kaufleute betreffs Wiederaufbaus des jüd. Wirtschaftslebens einen Plan unterbreitet, der die Errichtung drei großer Fabriken für Galoschen und andere Gummiartikel, Möbelwaren und elektrotechnische Artikel in Polen vorsieht. Es soll sich um Fabriken größeren Umfanges handeln, in denen ca. 10000 Arbeiter Beschäftigung finden können. Das nötige Kapital will Samuel mit Hilfe seiner Freunde in englischen Finanzkreisen aufbringen. Samuel versprach auch für Entsendung der nötigen Ingenieure, Instruktoren und Fachleute, wie auch für die Beschaffung der Rohmaterialien besorgt zu sein und ersuchte nach genauer Durchstudierung des Planes, eine spezielle Delegation in dieser Angelegenheit nach London zu entsenden.

— Vom 23.—25. Dez. findet in Warschau eine Konferenz aller jüd. Volkslehrer statt, die auf der Grundlage der Hebraisierung der jüd. Volksschule stehen.

— Für den 28. bis 31. Dez. wurde eine Konferenz der Vertreter der jüd. Mittelschulen nach Warschau einberufen.

— Die Szlome Emune Jisroel beschloß, für den nächsten Monat eine Konferenz ihrer Mitglieder aus allen Teilen Polens einzuberufen. Man glaubt, daß zu dieser Konferenz Vertreter von gegen 600 Ortschaften kommen werden.

— Das Zentralkomitee der Poale-Zion in Polen hat 130,000 Mk., die von den jüdischen Arbeitern und Legionären in Pälästina für die Pogromopfer in Polen, Litauen und Ukraine gesammelt wurden, erhalten. Das Geld ist für die Gründung von Kinderheimen bestimmt. (Moment.)

— *Warschau.* Der berühmte Kantor *Sirota* hat sich am 8. Dez. mit dem Ententezug nach London begeben, wohin er für eine Reihe von Konzerten engagiert wurde. Der Reinertrag der Konzerte ist für jüd. Wohltätigkeitszwecke bestimmt.

— Am 25. November fand in Lemberg eine Konferenz der jüd. Großgrundbesitzer, Landwirte und Pächter Ostgaliziens statt. Die Agrarreform, der Boykott des jüd. Bodenbesitzes, die Schwierigkeiten bei der Führung der Wirtschaft, sowie beim Einkauf des toten und lebenden Inventars und Kunstdüngers, die Lösung des Pacht-Verhältnisses seitens der Bodenbesitzer, wie auch die verschiedenen Forderungen an das ehemalige österreichische Aerar, zwingen die jüd. Landwirte zur Gründung einer kooperativen Organisation. Diese Organisation wird auch die Aufgabe haben, Musterwirtschaften und Farmen, wie auch Kurse und landwirtschaftliche Schulen zu gründen, um die Landwirtschaft unter den Juden zu fördern. Unter Vorsitz von Dr. Karl *Halpern* und Beteiligung von Delegierten aus 20 Bezirken wurde nach einem Referate von Dr. Emil *Sommerstein* einstimmig das vorgelegte Statut beschlossen, und alle Anwesenden traten dem neugegründeten „Krajowy Zwiazek Ziemski“ als Mitglieder bei. Ein Komitee, das aus den Herren Adolf Witlin, Dr. Sommerstein, Dr. Michal Engel, Dr. Gerstmann und David Hüttner besteht, hat sich mit der Schaffung der nötigen Organisation zu befassen.

— Einige Stanislauer Lehrer und Lehrerinnen ersuchten das Kultus und Unterrichtsministerium um Anstellung in Kongreßpolen, worauf sie folgende amtliche Antwort erhielten: „Ihr Maturitätszeugnis in der Anlage retournierend, benachrichtigen wir Sie, daß für Kandidaten mosaischer Konfession keine Lehrstellen im hiesigen Schulkreise vorhanden sind.“

— Aus Krakau wird berichtet: Die Krakauer Handels- und Gewerbekammer hat sich im Prinzip für die weitere Verlängerung des Moratoriums mit seinen gegenwärtigen Einschränkungen, auf die Dauer von sechs Monaten ausgesprochen. Gleichzeitig hat jedoch die Handelskammer erklärt, man möge es im Sprengel des Krakauer Appellationsgerichtshofes den Gläubigern ermöglichen, auf Grund von gerichtlichen Erkenntnissen bei wohlhabenden Schuldnern die Gesamtforderungen aus der Vorkriegszeit einzutreiben.

Litauen.

Die Minsker jüd. Gemeinde hat die Neuwahlen für den 4. und 5. Januar angeordnet.

In den ersten Tagen des Tebeth soll eine Konferenz der jüd. Gemeinden zusammentreten, zu deren Vorbereitung eine Kommission gewählt worden ist.

— Der bekannte Wilnaer Kantor, *Herschmann*, unternimmt eine Tournee nach Italien, Frankreich, England und Amerika, wohin er für eine Reihe von Konzerten und Sabbath-Gottesdiensten engagiert worden ist.

Rumänien.

Antisemitische Exzesse in Rumänien.

Man berichtet aus Bukarest dem Komitee des Jüd. Delegationen in Paris: Die pogromistische Agitation, die von der alten Regierung des General Vaitojana, unter dem Deckmantel der antibolschewistischen Propaganda organisiert wird, hat angefangen, Früchte zu tragen. Die Regierung des Generals Vaitojana hat im ganzen Lande große Plakate mit der Aufschrift „Die roten Bestien“ anbringen lassen und hat Millionen in staatlichen Druckereien gedruckter Broschüren verbreiten lassen, in denen gesagt ist, daß einzig die Juden Bolschewiki sind, und daß man einen Kampf bis aufs

Messer mit ihnen führen müsse. Die seitens der Juden bei der Regierung unternomenen Schritte, ein Ende dieses gefährlichen Treibens zu erreichen, sind fruchtlos geblieben.

In *Adjud* in der Moldau, das von vielen Juden bewohnt ist, haben oben erwähnte Plakate sofort antisemitische Exzesse hervorgerufen. Der Leutnant *Constantinesco*, der Militärkommandant von Adiud, fing an, die Juden am hellen Tage zu behelligen. Er *schlug einige grausam, folterte* u. verhaftete andere und plünderte verschiedene Geschäfte aus. Der Präsident der jüd. Gemeinde Hermann *Marcovici*, wurde gefoltert. Die Namen der schwer verletzten Juden sind folgende: Cretzu, Arthur Rosenberg, Mayer, eine alte Frau Mina Goldenberg und ihre zwei Schwiegersöhne.

Die ganze jüd. Bevölkerung von Adjud flüchtete nach Focshani, der Distrikthauptstadt. Die jüd. Bevölkerung von Rumänien ist äußerst beunruhigt. Man fürchtet, daß die Ausschreitungen von Adjud das Signal für *einen allgemeinen Pogrom* sind, auf den die Partei Bratianos und die anderen antisemitischen Gruppen schon seit langem hinarbeiten.

Ungarn.

Nach der Mobilisierung der Strasse durch Friedrich kam es nach Abschluß der Versammlungen zu einem mißglückten Angriff auf das Judenviertel. Vor der Trommelgasse wurde die Menge durch Militär aufgehalten und wandte sich in ihrer Wut gegen die auf dem Elisabethring befindliche Redaktion des „Az-Est.“ Druckerei und Redaktion wurden zerstört. Ein anderer Teil der Demonstranten wandte sich gegen das Arbeiterviertel und demolierte das Lokal der sozialdemokratischen „Nepszava.“ Abends wiederholte sich der antisemitische Sturm gegen das Ghetto. Die Polizei mußte an der Ecke der Tabaksgasse von der Waffe Gebrauch machen. Während sie hier beschäftigt war, drang eine Räuberbande in das Ghetto ein und erwürgte in der Rombachgasse ein achzehnjähriges Mädchen, erstach zwei Kinder und raubte dann die Wohnung aus.

— Die in Budapest weilenden diplomatischen Missionen widmen den am 7. Dez. in Budapest stattgefundenen Exzessen große Aufmerksamkeit. Auf Veranlassung der amerikanischen Mission wurden von den ausgeplünderten Redaktionen photographische Aufnahmen gemacht.

Die Abschaffung der galizischen Juden aus Budapest.

Budapest, 5. Dezember. Wie verlautet, wird bereits morgen die Regierungsverordnung erscheinen, mit welcher die im gestrigen Ministerrat beschlossene Abschaffung der galizischen und russisch-polnischen Juden aus Budapest angeordnet wird. Es handelt sich um 25.000 bis 30.000 Personen. Die Ausgewiesenen werden mit Sonderzügen in die Internierungslager von Haimasker, Solno und Szeged gebracht werden. Die Bemittelten werden sich auf eigene Kosten verköstigen dürfen, die Verköstigung der Mittellosen erfolgt auf Staatskosten. (N. Fr. Presse.)

England.

Anfrage über den Kiewer Pogrom im englischen Unterhause.

Der Abgeordnete *Swan* interpellierte im Unterhause ob die engl. Regierung irgendwelche Nachrichten über den am 18.—20. Oktober in Kiew stattgefundenen Pogrom erhalten habe. Kosaken und Abteilungen von Freiwilligen hätten dort einen Judenpogrom veranstaltet bei welchem allein in der Vorstadt Podol einige hundert Juden umgekommen seien.

Bonar Law erklärte in seiner Antwort, daß die engl. Regierung einen Bericht erhalten habe, den mitteilen zu müssen er sehr bedaure, und der die im ersten Teil der Anfrage enthaltenen Angaben, bestätigt. Der Vertreter der engl. Regierung habe Weisung erhalten, genaue Berichte über den Pogrom in Südrußland einzusenden und der engl. Militär-Mission seien Instruktionen erteilt, alles was nur in ihrer Macht liege zu tun, um Exzesse zu verhindern.

— Für die Sitzung des Board of Deputies vom 14. Dez. hat Morris *Myer* die Einbringung folgender Resolution angekündigt: „Um Einigkeit zwischen den verschiedenen Gruppen des jüd. Volkes herbeizuführen, fordert der Board of Deputies seine Vertreter in „Joint Foreign Committee“ auf, sich mit dem Komitee der Jüd. Delegationen in Paris in Verbindung zu setzen, um in Uebereinstimmung mit diesem in allen Fragen, die die Interessen der Juden in Ost-, Zentral-, Südost- und Mittelosteuropa berühren, vorzugehen.“

Frankreich.

Paris. Auf Initiative von Dr. Leon *Reich* hat das Komitee der Jüd. Delegationen in Paris, durch seinen Vorsitzenden, Nahum *Sokolow*, bei dem amerikanischen, englischen und italienischen Delegierten an der Friedenskonferenz wegen der Ausweisung der jüdischen Flüchtlinge aus Wien interveniert. Die genannten Delegierten versprachen bei der nächsten sich darbietenden Gelegenheit bei den massgebenden Behörden in Wien einzuwirken, diese ungerechte Massregel znrückzuziehen und haben auch in dieser Beziehung — wie uns bekannt geworden ist — bereits Schritte unternommen.

Die Pariser „Humanité“ veröffentlichte einen Artikel von Dr. *Reich*, worin das den Flüchtlingen angetane Unrecht beschrieben wurde unter Beifügung redaktioneller Bemerkungen, aus denen unzweideutig hervorgeht, dass die Pariser Oeffentlichkeit mit ihrer Sympathie auf Seite der Wiener Flüchtlinge stehe. Ebenso veröffentlichte „La Lanterne“ einen redaktionellen Artikel unter dem Titel „Um die Friedenskonferenz — galizische Flüchtlinge werden ausgewiesen“, worin die Redaktion zum Schluss fragt, ob Oesterreich in Punkto Verletzung des Friedensvertrages Deutschland überbieten wolle.

Italien.

Triest, 16. Dez. — Q. — Mit dem heutigen Dampfer kehrten wiederum mehrere jüd. Familien nach Palästina zurück, zusammen ca 70. Personen verschiedenen Alters, darunter auch einige Chaluzim, die zum ersten Male sich nach Palästina begeben und einige Lehrerinnen. Der bekannte Schriftsteller *Jaffe*, bisheriger Führer der litauischen Zionisten, begab sich ebenfalls auf diesem Schiffe, mit dem auch mehrere Chalukah-Juden heimkehrten, nach Palästina.

Die Errichtung einer jüd. Herberge für Emigranten (s. „J.P.Z.“ Nr. 89) ist vor 2 Tagen in das Stadium der Verwirklichung getreten.

Dänemark.

Die in Kopenhagen tagende Hilfskonferenz, die vom skandinavischen jüd. Zentralhilfskomitee einberufen und von Juden aus allen drei skandinavischen Ländern beschickt war, wendet sich nach Kenntnis-

nahme der schauerlichen Berichte über die fortgesetzten Judenpogrome in der Ukraine, die drei Millionen Juden mit vollständiger Vernichtung bedrohen, in einem dringenden Aufruf an die zivilisierte Welt, für Unterdrückung weiterer Pogrome Sorge zu tragen. Die Konferenz betrachtet es als dringendste Pflicht, alle Kräfte anzuspannen und das Aeusserste zu tun, um das ukrainische Judentum zu retten. Die Konferenz fordert deshalb die schleunige Einberufung der geplanten jüd. Hilfskonferenz.

Es wurde auch die Durchführung einer Trauerwoche in Skandinavien als Protest gegen die Pogrome in der Ukraine beschlossen.

Amerika.

Staatssekretär *Lansing* teilte dem Sekretär des amerikanischen jüdischen Kongresses, *Harry Cuttler*, mit, dass die Regierung der Vereinigten Staaten alle Massregeln ergriffen habe um den ukrainischen Juden zu helfen. Der nach Südrussland gesandte Generalkonsul erhielt den Auftrag besondere Aufmerksamkeit dem Schutze des jüdischen Lebens und Gutes in der Ukraine zu schenken. (L.-J.K.B.)

Die Aktion der amerikanischen Juden für die Kriegsopfer.

Mit Rücksicht darauf, daß die amerikanischen Juden neuerlich eine große Aktion zugunsten der jüd. Kriegsopfer in Polen, Litauen und in der Ukraine vorbereiten, hat Mr. *Hirschfeld*, der derzeit in Warschau weilende Vertreter des Joint Distribution Committee, nach Amerika telegraphiert, daß die bedrängten Ostjuden nicht um Almosen, sondern um finanzielle Hilfe bitten, die den breiten Massen durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeit, zum Wiederaufbau ihrer zerstörten wirtschaftlichen Existenz verhelfen würde.

— Wie die J. P. Z. von kompetenter Seite erfährt, hat Felix *Warburg* in Amerika die Einberufung der allgemeinen Hilfskonferenz befürwortet.

— Am 3. Dez. haben 700 jüd. Legionäre aus Amerika, die in Palästina gekämpft haben und auf ihr Verlangen demobilisiert worden sind, Liverpool verlassen, um sich nach Amerika zu begeben.

Palästina.

Rechoboth. Die Einnahmen aus der diesjährigen Ernte werden auf etwa eine Million Franken taxiert. Die Trauben- und Mandelernte war verhältnismäßig gut. Die Mandelmenge beträgt gegen 700 Zentner, während an Trauben 5300 Zentner, doppelt so viel als im vorigen Jahre, eingebracht wurden. Die Obst- und Weinernte kam der Stadt nicht teuer, da die Beduinen des Südens sie während der ganzen Ernte überschwemmten und billig arbeiteten. Der maximale Tageslohn eines erwachsenen Mannes betrug 6 ägyptische Groschen. Mit der Einbringung der Ernte macht sich die Arbeitslosigkeit in den hiesigen Arbeiterkreisen wieder fühlbar. Bei den Neubauten in Rechoboth ist keine jüd. Hand beschäftigt; was in Jaffa bereits selbstverständlich ist, ist den Einwohnern von Rechoboth noch vollständig fremd.

— Eine große jüd. Schweizerfirma hat letzthin an ihren Vertrauensmann in Jerusalem eine größere Menge Stoff und Leinwand gesandt und ihn beauftragt, den Versuch zu machen, in Jerusalem eine Kleider- und Wäschefabrik zu errichten. Der betreffende Vertrauensmann hat sich dahin geäußert daß die Errichtung einer solchen Fabrik in Jerusalem sich wohl rentieren würde, da die Arbeitslöhne in Palästina bedeutend niedriger sind als im Auslande und die Fabrik deshalb mit den ausländischen Waren konkurrieren könne. Ausser der genannten Fabrik soll auch eine Stickereifabrik eingerichtet werden.

— Allen Kaufleuten, die der Jerusalemer Handelskammer angehören, wurde die Erlaubnis erteilt, Reis, Mohn, Rosinen, Datteln und Alkohol einzuführen. Die Handelskammer zählt 165 Mitglieder, darunter 85 Juden. 53 christliche Araber und 27 muselmanische Araber.

— Der bekannte Quellensucher (Rutengänger) Ing. *Fischer* ist auf Einladung der allgemeinen zion. Organisation in Jerusalem eingetroffen, zum Aufsuchen von Quellen und Metalladern im Gebirge Judäas.

— Die mit einem Schiff von Triest Mitte November in Haifa angelangten 58 Juden aus Rußland und Polen haben vom Haifaer Küstenkommandanten nicht die Erlaubnis zur Ausschiffung erhalten, weil ihre Pässe in Wien nur vom französischen und nicht vom englischen Konsul visiert worden waren. Das Immigrationskomitee von Haifa hat die Reisenden mit Speise versorgt und die Bedürftigen auch mit Geld versehen. Die Reisenden mußten nach Beiruth gehen.

— Letzthin sind in Haifa 60 Pioniere, die zumeist dem „Hechaluz" angehören, ausgeschifft worden. Sie sprechen alle hebräisch und beabsichtigen sich in Palästina der Landarbeit zu widmen.

— *Berthold Feiwel*, Mitglied des Waad-Hazirim, ist laut „Haaretz" ersucht worden, sich sofort nach Palästina zu begeben.

— Vom 1. Dezember an nennt sich die Jerusalemer hebräischen Tageszeitung „Hadshoth-Haaretz" nur noch „Haaretz"

Schweiz.

Die Schächtererlaubnis prolongiert.

Walther-Luzern, hatte sich im Nationalrat jüngst in einer Motion dafür verwendet, daß mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, geschlächtetes Fleisch aus dem Auslande zu beziehen, die Schächtung im Inlande weiterhin zu gestatten sei. Der Bundesrat hat nun beschlossen, die Schächtung bis Ende März zu gestatten.

— Am 17. Dez. erstattete Dr. Leon *Reich*, Vizepräsident des Komitees der Jüd. Delegationen in Paris, in Zürich auf einer imposanten Volksversammlung einen ausführlichen Bericht über die Bestrebungen und erzielten Erfolge erwähnten Komitees. Nach Schluß der meisterhaften zweistündigen Rede, die von häufigen Beifallsstürmen unterbrochen wurde, nahm die zahlreich besuchte Versammlung unter grosser Begeisterung einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 17. Dez. in der Stadthalle in Zürich von den zion. Vereinen einberufene imposante Volkskundgebung nimmt mit Dank einmütig den Bericht des Vizepräsidenten, des Komitees der Jüd. Delegationen in Paris, Dr. Leon Reich, über die erfolgreiche Tätigkeit dieses Komitees bei der Friedenskonferenz in Paris zur Kenntnis. Die Versammlung spricht dem Komitee den tiefsten Dank für seine erspriessliche Tätigkeit zugunsten der Judenheit aller Länder aus und bittet es, in dieser seiner Tätigkeit fortzufahren und für die schleunigste Einberufung der wirtschaftlichen Hilfskonferenz sowie für die Schaffung einer dauernden Institution zur Vertretung des Rechtes der Juden aller Länder Sorge zu tragen."

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich